

Allianzen
alte Bundesrepublik
altern
Antisemitismusdefinition
B1
barrierefrei
Beziehungsanbahnung
Bruderland
citizenship
Dauerleihegabe
eckiger Tisch
Eigenheim
einsam
Einzugsgebiet
Engagement
erben
gesundheitliche Versorgungsstrukturen
gleichwertige Lebensverhältnisse
Grundsicherung
intersektional
Kneipe
Kohleausstieg
Labor
Manifest
mehrsprachig
Mindestlohn
Mittelschicht
moralisieren
Nebenklage
obdachlos
Plattformökonomie
politische Bildung
Privileg
Racial Profiling
repräsentativ
Schulbuch
Seenotrettung
soziale Mischung
soziale Reproduktion
streifen
Suchbarkeit
Tierwohl
trans
Umfrage

**»Wenn wir streiken, steht die Welt still.« Soziale Reproduktion
als Kitt und Sollbruchstelle gesellschaftlichen Zusammenhalts**

Der Begriff »Soziale Reproduktion« bezeichnet die ständige Aufrechterhaltung menschlichen Lebens, und zwar sowohl der Subjekte selbst als auch ihrer Beziehungen zueinander. Die dafür notwendige Arbeit ist Grundlage jeder Wirtschaft, Kultur und auch politischer Systeme. Sie wurde historisch häufig von Frauen übernommen. Ein Großteil reproduktiver Arbeit findet in der Familie und im eigenen Haushalt statt, aber auch im Gesundheitswesen, in Schulen und Nachbarschaften – überall dort also, wo Menschen sozialisiert, versorgt und gebildet werden. Trotz seiner elementaren Funktion wird der Bereich sozialer Reproduktion chronisch abgewertet: Reproduktive Arbeit ist, wenn überhaupt, dann schlecht bezahlt. Die Infrastruktur, in der sich die soziale Reproduktion einer Gesellschaft vollzieht, ist auch in wohlhabenden Ländern oftmals unterfinanziert. Daraus entstehen Konflikte, die grundlegende Beziehungsweisen und somit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt betreffen.

Jüngst hat insbesondere die Covid-19-Pandemie die elementare gesellschaftliche Bedeutung der sozialen Reproduktion offenbart, aber auch ihre Krisenhaftigkeit vor Augen geführt. Das Schließen von Betreuungseinrichtungen für Kinder hat das Jonglieren zwischen Betreuung, Haus- und Lohnarbeit für viele bis zur Überlastung beschleunigt, wodurch die alltäglichen und zugleich vielfältigen reproduktiven Herausforderungen, mit denen sich Eltern und insbesondere Mütter konfrontiert sehen, kurzzeitig ins öffentliche Bewusstsein rückten. Durch Personal-Einsparungen im Gesundheitssystem wurden während der Pandemie Menschenleben gefährdet. In Krankenhäusern, Kindertagesstätten und Pflegeheimen, aber auch in Schulen herrschen emotional belastende und häufig unzumutbare Arbeitsbedingungen. Wie wiederholte Bemühungen um die Anwerbung von Fachkräften im Pflegebereich zeigen, lässt sich hierzulande der professionalisierte Bereich sozialer

Reproduktion nur durch umfangreiche Arbeitsmigration von Menschen aus ärmeren Ländern aufrechterhalten. Ein anderer Sektor, in dem die Krise der sozialen Reproduktion in den letzten Jahren vermehrt ins öffentliche Bewusstsein getreten ist, ist die Wohnraumversorgung, die zunehmend prekärer wird. Die öffentliche Hand hat sich durch den Verkauf ihrer kommunalen Genossenschaften weitestgehend aus der Bereitstellung und dem Bau von Wohnungen zurückgezogen. Vielerorts sind seit der Finanzkrise 2007 Immobilien- und Mietpreise explodiert, was zu einer Verdrängung von mittleren und unteren Einkommenschichten führt. So wird Wohnraum – privater Rückzugsort und zentraler Ort der sozialen Reproduktion zugleich – zunehmend zur Ware und gerät unter ökonomischen Druck.

Nachdem der Staat für lange Zeit zahlreiche reproduktive Aufgaben übernommen hat, wurden seit der Krise des Fordismus in den 1970er Jahren in nordamerikanischen und vielen westeuropäischen Ländern sozialstaatliche Leistungen schrittweise abgebaut und z. B. Renten- und Gesundheitsversorgung zunehmend privatisiert. Diese Prozesse stehen sinnbildlich für das stetige Wachstum kapitalistischer Ökonomien durch die kontinuierliche marktwirtschaftliche Erschließung neuer Bereiche. Reproduktive Tätigkeiten, wie beispielsweise in der Altenpflege, die zuvor außerhalb der Sphäre der Mehrwertproduktion und klassischen Lohnarbeit lagen, werden zunehmend profitorientiert organisiert. Die Vermarktlichung der sozialen Reproduktion hat sich in der Phase des finanzialisierten Kapitalismus, das heißt im Zuge einer zunehmenden wirtschaftlichen Dominanz des Finanzsektors auf Märkte, Praktiken, Maßstäbe und Narrative weiter zugespitzt (Fraser 2016). Der ökonomische Druck, der entsteht, wenn Einrichtungen größtmögliche Profite für Kapitalanleger*innen abwerfen sollen, führt zu prekären Arbeitsbedingungen, unterminiert die Stabilität von Daseinsvorsorge und kulminiert in Krisen der sozialen Reproduktion. Neben der direkten Gefährdung menschlicher Leben kann auch die Umweltzerstörung als Ausdruck dieser Reproduktionskrise gefasst werden. Die kapitalistische Produktionsweise und der Raubbau an der Natur münden in einer schwerlich umzukehrenden Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen.

In den letzten Jahren wird die »Krise sozialer Reproduktion« zunehmend zum Ausgangspunkt von Protestbewegungen, etwa im Feld der Gesundheits- oder Wohnungspolitik. Diese hat die Philosophin Eva von Redecker als »Revolution(en) für das Leben« (2021) beschrieben. Besondere Bedeutung misst sie dem feministischen Streik zu, der in vielen Ländern über den Globus verteilt jährlich am 8. März unter dem Motto »Wenn wir streiken, steht die Welt still« ausgerufen wird. Er verweist auf die tragende Rolle von Frauen und patriarchal Unterdrückten für den Bereich der Reproduktion, die oftmals von Prekarität und doppelter Ausbeutung betroffen sind. Weltweit sind es jedoch ganz verschiedene politische Kämpfe, im Bereich von Ökologie, Stadt- und Wohnungspolitik, Bildung oder indigener Rechte, in denen sich Widerstand gegen die Ausbeutung von Natur und Mensch formiert. Während die permanente Krise der sozialen Reproduktion also die grundlegenden Spaltungslinien in der Gesellschaft vertieft, birgt ihre Politisierung transformatives Potenzial und ermöglicht neue Formen des Zusammenhalts.

Ein wiederbelebter Begriff

Obleich das Verhältnis von Lohnarbeit und der privaten Sphäre bereits im frühen 20. Jahrhundert im Zentrum des Aktivismus und der Theoretisierung zahlreicher sozialistischer und marxistischer Feministinnen stand (Bhattacharya/Farris et al. 2021, S. 49), etablierte sich der Begriff »soziale Reproduktion« erst ab den 1960er Jahren in den Vereinigten Staaten und Westeuropa während der sogenannten Hausarbeitsdebatte. In diversen Ländern diskutierten Feministinnen dieser Zeit über den Zusammenhang zwischen der politischen Ökonomie des Kapitalismus und der Rolle der Frauen, wobei insbesondere die geschlechtliche Arbeitsteilung und die Reproduktionsarbeit der Frauen im Haushalt und in der Familie als Ursache für die weiter fortbestehenden geschlechtlichen Ungleichheiten angesehen wurden (Arruzza 2021).

In Bezugnahme auf diese feministischen Diskurse seit den 1970er Jahren schreiben auch wir in diesem Text aus einer historisch-materialistischen Perspektive von »Frauen« (und »Müttern«), um die Subjekte zu bezeichnen, denen im Zuge einer patriarchalen, vergeschlechtlichten Arbeitsteilung im Kapitalismus diese Rolle zugewiesen wurde. In den historischen Debatten sind damit überwiegend Cis-Frauen gemeint, also solche, die sich mit der bei Geburt aufgrund biologischer Augenscheinlichkeiten zugewiesenen Weiblichkeit identifizieren oder mindestens arrangieren. Die Leerstellen, die diesbezüglich hinsichtlich der Rolle von inter-, transgeschlechtlichen oder nicht binären Personen entstehen, spiegeln deren Unterbelichtung in historischen Diskursen um soziale Reproduktion wider.

Margaret Benston war eine der Vertreter*innen in diesem Diskurs, die in ihrem Essay »The Political Economy of the Women's Liberation« von 1969 den gesellschaftlichen Widerspruch zur Sprache bringt, dass Frauen einerseits die sozial notwendige Arbeit im Haushalt und in der Familie leisten, während sie andererseits eine untergeordnete Rolle in der Gesellschaft einnehmen (Benston 1993 [1969]). Mariarosa Dalla Costa, Silvia Federici und Selma James wandelten diese Erkenntnis in eine politische Kampagne um. Ihre *Wages-for-Housework*-Kampagne fand ab 1972 in Italien, den Vereinigten Staaten, Frankreich und in der Bundesrepublik viele Unterstützer*innen. In ihren Texten wenden sie sich gegen eine mystifizierende und naturalisierende Wahrnehmung von Frauen und gegen den »Betrug, der unter dem Namen Liebe und Ehe läuft« (Federici 2012, S. 19), der die Arbeit der Frauen als private Dienstleistung erscheinen lasse. Die Forderung nach einem Lohn wurde nicht realpolitisch verstanden, vielmehr sei sie revolutionär, da sie auf die ökonomische Bedeutung der Hausarbeit und zugleich auf die Unmöglichkeit der vollständigen Entlohnung in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung hinweise (Bhattacharya/Farris et al. 2021). Eine theoretische Weiterentwicklung dieser Debatte findet sich bei Lise Vogel (2019 [1983]). Aus einer marxistischen Perspektive arbeitet sie heraus, dass es nicht die Hausarbeit als solche sei, die zur Unterdrückung der Frauen im Kapitalismus führe. Gemäß Vogel kann diese eher auf den Widerspruch zurückgeführt werden, dass die kapitalistische Produktionsweise zwar auf die Reproduktion der Arbeitskraft angewiesen sei, diese aber möglichst kostengünstig erfolgen müsse.

Die Debatten um Hausarbeit haben dazu beigetragen, den Begriff der Arbeit zu erweitern und Lohnarbeits- und Fabrikverhältnisse als Fokus marxistischer Analyse herauszufordern (Arruzza 2021). Doch Schwarze Feministinnen übten an dieser Sichtweise auch Kritik. Autorinnen wie bell hooks, Angela Davis und Hazel V. Carby betonten, dass die Kritik an der Familie als Unterdrückungs- und Ausbeutungssystem, in dem die Frauen eingesperrt wären, vor allem einer Perspektive weißer Mittelschichts-Frauen entspringe. Hingegen sei die Mehrheit der Schwarzen Frauen stets einer Lohnarbeit nachgegangen (Davis 2019 [1983]). Auch stelle die Familie für viele Schwarze Menschen und People of Color vor dem Hintergrund weißer Vorherrschaft und Rassismus ein elementares Refugium dar, das mit Gefühlen der Sicherheit und mit Humanität verbunden sei. Vor diesem Hintergrund wird die häusliche Sphäre als entscheidender Ort der Herausbildung politischer Solidarität und der Organisation des Widerstands begriffen (hooks 2001). Obwohl Aktivist*innen – wie das Combahee River Collective – bereits in den 1970er Jahren auf die Notwendigkeit hinwiesen, Geschlecht, Sexualität, »Rasse«/ Ethnizität und Klasse in der Analyse zusammenzudenken (Taylor 2017), gelang den feministischen Marxist*innen in den 1980er Jahren noch keine »integrative Darstellung« der sich gegenseitig konstituierenden Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse (Ferguson/ McNally 2019, S. 301). Auch in der Bundesrepublik wurde die Debatte um Hausarbeit seit den 1970er Jahren geführt (z. B. Bock/ Duden 1976). Eine grundlegende Weiterentwicklung erfuhr der Ansatz in den 1980er Jahren durch Claudia von Werlhof, Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen (1988), die in der sogenannten »Subsistenzperspektive« die »Frauenfrage und die Kolonialfrage« verbanden. Demnach stünde die Ausbeutung von Frauen, der Natur und der damals so bezeichneten »Dritten Welt« im Zusammenhang mit dem kapitalistischen Akkumulationsmodell, da der Kapitalismus elementar auf die nicht entlohnte Arbeit angewiesen sei: in der Hausarbeit durch Frauen, genauso jedoch durch Bäuer*innen in der Subsistenzproduktion (Werlhof/Mies et al. 1988). Mit Rückgriff auf Rosa Luxemburg – die in Bezug auf den Imperialismus analysiert hat,

dass die von Karl Marx beschriebene gewaltsame Enteignung der Bäuer*innen von ihren Produktionsmitteln kein »Sündenfall« der Geschichte sei, sondern ein sich stetig wiederholender Prozess – argumentiert etwa von Werlhof, dass die Mehrwertproduktion im Kapitalismus auf präkapitalistischen Produktionsweisen und der Ausbeutung der Natur basiere. Hierfür führte sie bereits 1978 den Begriff der »fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation« ins Feld. Das Konzept wird seitdem vielfach angewandt, um die Integration von zuvor nicht marktförmig organisierten Bereichen innerhalb kapitalistischer Gesellschaftsformen und die marktförmige Strukturierung nichtkapitalistischer Gebiete zu analysieren. Es hat dazu beigetragen, die zunehmende Inwertsetzung von Tätigkeiten der sozialen und individuellen Reproduktion – wie der Pflege, der Gesundheitsversorgung oder des Wohnens – in ihrem globalen Ausmaß besser zu begreifen (Soiland/Müller et al. 2013). Die Debatte um Hausarbeit und die Frage nach den strukturellen Gründen für die Stellung der Frauen ebte seit den späten 1980er Jahren merklich ab, auch weil das Interesse an einer einheitlichen Theorie verloren ging. Einzuordnen ist diese Entwicklung in eine allgemeine Abwendung von materialistischen und marxistischen Theorien, während vor allem poststrukturalistische Ansätze zunehmend Verbreitung fanden. Vor dem Hintergrund ökonomischer wie politischer Verschiebungen der 1990er Jahre muss auch die zunehmende Verbreitung des *Care*-Begriffs gesehen werden. Insofern sich der Begriff und die Theoretisierung der »sozialen Reproduktion« bis dahin nur auf den privaten Haushalt und die unbezahlte Arbeit bezogen, entstand durch die enorme Ausweitung des Sorge- und Pflegesektors, in den Frauen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmend als Lohnabhängige eintraten, die Notwendigkeit eines Begriffs, der die charakteristische Besonderheit der bezahlten wie unbezahlten Sorgearbeit gleichermaßen erfasst. Während in den Debatten um soziale Reproduktion nach der »ökonomischen Bedeutung der Reproduktion der Arbeitskraft für das kapitalistische System« (Winker 2015, S. 22) gefragt wurde, nimmt der *Care*-Begriff die spezifischen Arbeitsinhalte, also die interpersonalen und emotionalen Aspekte von Sorgearbeit in den Blick (Haidinger/Knittler 2016, 126). Auch wenn durch die Debatte um *Care* die Notwendigkeit und Relevanz der Fürsorge stark popularisiert wurde, wird aus marxistischer Perspektive zuweilen kritisiert, dass mit dem *Care*-Begriff die kapitalistische Verwertung dieser Tätigkeiten unterbelichtet bleibe (Haug 2011) und somit eine unerwünschte Entpolitisierung drohe.

Angesichts zunehmender ökonomischer Krisen wird seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts der Kapitalismus als Wirtschafts- und Gesellschaftssystem auch jenseits marxistischer Kreise wieder breiter diskutiert. In diesem Kontext erleben nicht nur marxistische Theorien insgesamt, sondern vor allem auch theoretische und aktivistische Auseinandersetzungen mit dem Konzept der »sozialen Reproduktion« ein Revival (so etwa bei Dück/Hajek 2019). Dabei hat sich unter dem Namen »*Social Reproduction Theory*« eine Strömung herausgebildet (Bhattacharya 2017), die bestrebt ist, eine umfassende materialistische Analyse des Zusammenhangs von kapitalistischer Akkumulation, der Reproduktion der Arbeitskraft und sozialen Unterdrückungsverhältnissen wie Sexismus und Rassismus zu formulieren. Demnach bauen die Praktiken der sozialen Reproduktion auf Ungleichheiten auf, die sie im Sinne einer kapitalistischen Verwertungslogik weiter verschärfen (Katz/Norton 2017). Sexismus und Rassismus erscheinen demgemäß nicht als zufällige Begleiterscheinung des Kapitalismus, sondern ermöglichen vielmehr erst bestimmte Formen kapitalistischer Akkumulation. Dies zeige sich nicht nur in der historischen Sklaverei und kolonialistischen Herrschaftsweisen, sondern auch noch aktuell, da es vor allem *People of Color* und Migrant*innen sind, die in schlecht bezahlten Jobs reproduktive Dienstleistungen übernehmen.

Auch wurde der Ansatz der »sozialen Reproduktion« in den letzten Jahren genutzt, um die Konstruktion und Regulierung sexueller und geschlechtlicher Identitäten zu analysieren (Arruzza 2021, S. 1365; siehe auch Sears 2016). Während einige Arbeiten den historischen Zusammenhang zwischen der Herausbildung geschlechtlicher und sexueller Identitäten im Kapitalismus untersuchen (Drucker 2015), befassen sich neuere Arbeiten mit reproduktiven und fürsorgenden Praktiken, die notwendig sind, um die Lebenswelten, Rückzugsorte, Leben und Communities von queeren und trans Personen zu ermöglichen (Raha 2021). So greift Nat Raha die *Wages-Due-Lesbians*-Kampagne aus den 1980er Jahren auf, um aufzuzeigen,

dass queere Leben durch den Ausschluss von staatlichen Sozialleistungen und durch die Privilegierung heteronormativer Familienmodelle fortlaufend prekariert werden und nur in subkulturellen Community-Räumen existieren können, die stets Gefahr laufen, zerstört zu werden. Eng verbunden sind damit allgemeinere Forderungen nach reproduktiver Gerechtigkeit, die im Sinne einer sexuellen Selbstbestimmung den Zugang zu Reproduktionstechnologien für Menschen jenseits der heterosexuellen Norm genauso umfassen wie das Recht auf Schwangerschaftsabbruch und das Recht auf eine adäquate Versorgung, um Kinder gebären und erziehen zu können. Aktivist*innen für reproduktive Gerechtigkeit problematisieren die sozial ungleichen Verhältnisse, unter denen Kinder geboren und großgezogen werden im Kontext von »kolonialer und kapitalistischer Ausbeutung, der Kriminalisierung von Migration, Institutionen der Einsperrung und behindernden Strukturen« (Kitchen Politics 2021). Insofern verweist das intersektionale Konzept auf die Verknüpfung von biologischer Reproduktion und sozialer Reproduktion der Gesellschaft und betont die Machtverhältnisse, die beide durchdringen.

Zusammenfassend lässt sich soziale Reproduktion als ein Oberbegriff für jene »Aktivitäten und Einstellungen, Verhaltensweisen und Emotionen, Verantwortlichkeiten und Beziehungen« (Laslett/Brenner 1989, S. 382) verstehen, die auf der Alltagsebene zur generationsübergreifenden Aufrechterhaltung des Lebens dienen. Der Begriff der sozialen Reproduktion ist eng mit der marxistischen Theorie verbunden, weist doch bereits Marx selbst darauf hin, dass die Wiederherstellung der Arbeitskraft und der Produktionsmittel auf den Verbrauch von Gütern, also auf die individuelle und produktive Konsumtion als die notwendige Voraussetzung für die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft angewiesen ist (Marx 1986 [1867], S. 596). Wie Marx ausführt, produziert der »kapitalistische Produktionsprozess, im Zusammenhang betrachtet oder als Reproduktionsprozess, [...] nicht nur Ware, nicht nur Mehrwert, er produziert und reproduziert das Kapitalverhältnis selbst, auf der einen Seite den Kapitalisten, auf der anderen den Lohnarbeiter« (ebd., S. 604). Vor diesem Hintergrund treten einige Autor*innen dafür ein, den Terminus »gesellschaftliche Reproduktion« im Sinne von Marx zu verwenden und auf die Wiederherstellung des Lebens insgesamt

zu beziehen. Während in der *weiß* dominierten feministischen Debatte sich die Anwendung des Begriffs lange Zeit auf den privaten Haushalt beschränkte, wird unter dem Einfluss kritischer Stimmen von u. a. Schwarzer Feministinnen in einem erweiterten Verständnis von sozialer Reproduktion anerkannt, dass die soziale Reproduktion in staatlichen Institutionen, im Stadtteil, in der Zivilgesellschaft und in schlecht bezahlten Jobs geleistet wird. Sie schließt auch die Weitergabe von Normen, Wissen, Werten und Fähigkeiten mit ein (Haidinger/Knittler 2016). Insofern jede Transformation in den Produktionsverhältnissen auch verändert, wie sich Menschen reproduzieren, und umgekehrt, lässt sich das Verhältnis zwischen Produktion und Reproduktion nur dialektisch begreifen. Wie Cindi Katz betont, entscheidet sich vor allem in sozialen Kämpfen, wer für die soziale Reproduktion aufkommen soll und wie diese gestaltet ist – soziale Reproduktion ist somit »historisch und geographisch kontingent« (Katz/Norton 2017, S. 1).

Gegenwärtige Praktiken und Kämpfe der sozialen Reproduktion

Aufgrund der derzeitigen Ausgestaltung der Wirtschaft sind wir mit einer fundamentalen Krise der sozialen Reproduktion konfrontiert. Während sich einerseits Versuche von staatlicher und wirtschaftlicher Seite ausmachen lassen, die Krise abzumildern, lassen sich auch Formen des politischen Widerstands erkennen, um die Verhältnisse der sozialen Reproduktion zu transformieren und mitunter auch die Produktionsweisen. Von staatlicher Seite wird versucht, durch Anwerbe- und Arbeitsmarktpolitiken die unzureichenden Ressourcen im Fürsorgebereich durch Arbeitsmigration aus weniger wohlhabenden Ländern zu kompensieren, was eine ethnisierte, oftmals auch neokoloniale Arbeitsteilung forciert und verschärft. Da in den Herkunftsländern der Arbeitsmigrant*innen die Sorge um Familienangehörige wiederum kompensiert werden muss, hat sich der Begriff »*carechains*« herausgebildet. Im Kontrast zu staatlichen Lösungsansätzen stehen widerständige Praktiken, die sich nicht nur gegen die Folgen der Krise, sondern auch gegen deren strukturelle Voraussetzungen wenden. Sie finden ihren Ausdruck in feministischen Streiks, in Bewegungen, die die Vergesellschaftung von Wohnkonzernen oder des Energiesektors fordern, in mutualistischen Projekten der gegenseitigen Unterstützung und Versorgung wie

selbstorganisierten Coronahilfen, aber auch in indigenen Kämpfen, die sich beispielsweise gegen Naturzerstörung in Form von Pipelinebau oder Waldrodungen richten. Die Heterogenität dieser Kämpfe unter dem Begriff der sozialen Reproduktion zu bündeln, zeigt ihren gemeinsamen Charakter auf: Sie zielen allesamt darauf, neue Formen eines solidarischen Zusammenlebens und Wirtschaftens hervorzu- bringen, die nicht auf kapitalistischer Ausbeutung beruhen. Eine grundsätzliche Herausforderung für die Organisation von sozialen Kämpfen im Feld der Reproduktion liegt darin, dass diese von persönlichen Beziehungen zwischen Subjekten abhängig ist (Dück/ Hajek 2019). Anders als Fabrikarbeit lässt sich die Pflege von Menschen nicht einfach unterbrechen. Wie kann ein »Sorge-Generalstreik« (Precarias a la deriva 2014, S. 126) also aussehen? Diese Frage stellten sich die Aktivist*innen von Precarias a la deriva aus Madrid bereits Anfang der 2000er Jahre. Es könne bei dieser Suchbewegung, so schreiben sie, nicht um die Aussetzung der Sorgetätigkeiten gehen, sondern um die Freilegung des »politische[n] Charakter[s] der Sorge« (ebd., S. 116) und um die Unterbrechung einer Ordnung, »die diese Praktiken beständig unsichtbar macht und negiert« (ebd.). Dabei entstehen neue Formen der politischen Organisation und des Streikens, die die »Nachhaltigkeit des gemeinschaftlichen Lebens ins Zentrum« rücken und die kapitalistische Akkumulationslogik herausfordern. Ähnliche Bestrebungen verfolgt der Zusammenschluss Care Revolution in Deutschland, der eine »konkrete Utopie einer solidarischen Gesellschaft entwickeln« will (Winker 2015, S. 7). Insbesondere durch die feministischen Bewegungen in Lateinamerika hat die Suchbewegung eine inhaltliche Erweiterung erfahren. Die Bewegung Ni una menos aus Argentinien mobilisiert seit 2015 in Form von massenhaften Streikaktionen gegen Feminizide, patriarchale Gewalt und gegen »[n]eue Formen der Ausbeutung der Arbeit, ökonomische, staatliche und politische Gewalt« (Gago 2018, S. 28f.). Mit dem Streik sollen die von der patriarchalen und kapitalistischen Ordnung vorgegebenen Tätigkeiten und Rollen ausgesetzt und eine Art Gegenmacht aufgebaut werden. In diesem Sinne ist der Streik eine Möglichkeit und ein Ort des Lernens, nicht nur, um die Verhältnisse, sondern auch, um die Beteiligten und ihre Vorstellungen des Möglichen zu transformieren (Arruzza/Bhattacharya et al. 2019).

Die feministische Streikbewegung rückt auch die Feminisierung und Vergeschlechtlichung von Arbeitskämpfen in den Fokus von Wissenschaft und politischen, insbesondere gewerkschaftlichen Bewegungen. Sie zeigt die »Grenzen des ›gewerkschaftlichen‹ Streiks« (ebd., S. 32) auf und verdeutlicht, dass Arbeitskonflikte immer auch »Geschlechterkämpfe« (Artus 2020) sind. In Deutschland sind die Proteste im Sozial- und Erziehungsdienst 2009 und 2015 zu nennen, an denen zu ca. neunzig Prozent weibliche Streikende beteiligt waren, oder die Arbeitskämpfe in der weiblich dominierten Pflege, wie in den nordrhein-westfälischen Unikliniken im Sommer 2022. Die Ökonomisierung von Pflege und Gesundheitswesen führt dazu, dass »das Arbeiten im Krisenmodus [...] zum Normalzustand« (Riedlinger/Fischer et al. 2020, S. 216f.) werde. In den Auseinandersetzungen zeigt sich auch eine intersektionale Verknotung verschiedener Herrschaftsverhältnisse, sei es in den Kämpfen von *Live-in-Care*-Arbeiter*innen oder im Reinigungssektor, wo besonders in französischen Großstädten eine Zunahme von Arbeitskämpfen und mehrmonatigen Streiks zu beobachten ist. Die sogenannten »Zimmermädchen«, die in einem System von Subunternehmen unter prekären Arbeitsbedingungen die Hotelzimmer großer Ketten reinigen, prangerten mit ihren öffentlichkeitswirksamen Streiks, wie etwa in Marseille im Frühjahr 2019, ein kapitalistisches System an, das durch rassifizierte und vergeschlechtlichte Arbeitsteilung strukturiert ist (Kandi 2021). Die Veränderungen hinsichtlich der Streikkultur (wie z. B. durch die Präsenz von Kindern, Musik oder Gesang am Streikposten), der Inhalte der Streiks (durch ihre Infragestellung der gesamtgesellschaftlichen Absicherung der sozialen Infrastruktur) sowie der Strategien (da die Dienstleistung am Menschen nicht einfach unterbrochen werden kann) beeinflussen nicht nur traditionelle Vorstellungen von Streik. Eine Öffnung hinsichtlich der Fragen, was be- und wie gestreikt wird, wer und unter welchen Umständen streikt, beeinflusst auch die Diskussion darüber, was in einer Gesellschaft als ›Arbeit‹ gilt und welche Anerkennung ihr zukommt (Haubner/Pongratz 2021).

Zentral für die Forschung zur sozialen Reproduktion ist auch die Frage, wo die Tätigkeiten zur (Wieder-)Herstellung der Arbeitskraft stattfinden. So sind in den beiden letzten Jahrzehnten die Stadt und der Wohnraum verstärkt in den Blick gerückt. Wenn das Zuhause durch Überbelegung, schlechte Instandhaltung oder unbezahlbare Mieten prekär wird, so schlägt sich das auch auf die Fürsorge, die in diesen Räumen geschieht, nieder: »*Care* benötigt Raum, und ausreichender Wohnraum ist immer schwieriger zu finden.« (Madden 2020; Übers. d. Verf.) Hand in Hand mit postfordistischen Veränderungen des Wirtschaftens – so beispielsweise der Auslagerung klassischer Fabrikarbeit ins Ausland, zunehmender Finanzialisierung, aber auch dem oben beschriebenen wohlfahrtsstaatlichen Abbau – lässt sich eine zunehmende Inwertsetzung der Stadt beobachten. Die vielerorts zu beobachtende Gentrifizierung geht mit sozialräumlichen Polarisierungen einher. Gegen die steigenden Mieten und den »Prozess der Verdrängung und Enteignung« (Harvey 2013, S. 51) in der Stadt haben sich weltweit urbane soziale Bewegungen zusammengeschlossen. Mitunter gelingt ihnen eine Aneignung von Räumen, z. B. in Form von selbstverwalteten Wohngenossenschaften oder sozialen Zentren. Durch diese territoriale Verankerung und die auf Solidarität, Vertrauen und Kontinuität beruhenden sozialen Beziehungen kann eine »assoziationale Macht« wachsen. Diese Kämpfe um öffentliche Räume, Wohnraum und Freiräume in der Stadt können auch als »Reproduktionskämpfe« begriffen werden (Uhlmann 2022, S. 26).

Als soziale Kämpfe um Reproduktion werden auch jene begriffen, die ein nachhaltiges Zusammenleben fordern, das nicht auf den Extraktivismus natürlicher Ressourcen, den Raub von Ländereien durch multinationale Konzerne und die Naturzerstörung angewiesen ist. Die zunehmenden Dürren, Überschwemmungen und Waldbrände zeigen auf, dass nicht nur die soziale, sondern auch die ökologische Reproduktionsfähigkeit bedroht ist. So machen die Kämpfe um knapper werdende natürliche Ressourcen – wie z. B. Wasser – und gegen deren Privatisierung deutlich, wie sich die Akkumulation von Kapital durch die Enteignung reproduktiver Lebensgrundlagen fortsetzt (Moore 2023). Viele dieser Auseinandersetzungen haben

ihren Ursprung im globalen Süden und eine lange Historie. Die transnationale soziale Bewegung der Kleinbäuer*innen La Via Campesina setzt sich bereits seit den 1980er Jahren für Ernährungssouveränität und eine sozial-ökologische, klimagerechte Transformation der Landwirtschaft ein. Ihre Kämpfe richten sich gegen die kapitalistische und neokoloniale Ausbeutung von Mensch, Tier und Natur. Durch die Einforderung einer queer-feministischen Perspektive konnte die Bewegung »Reproduktion, Fürsorge und Menschlichkeit stärker ins Zentrum des systemkritischen Diskurses« (Gioia/von Redecker 2018) rücken.

Soziale Reproduktion eines prekären Zusammenhalts - und Möglichkeiten seiner Transformation

Soziale Reproduktion bezeichnet nicht einfach eine Ansammlung von Tätigkeiten wie Kochen, Putzen, Kinder großziehen, sondern ein »umkämpftes gesellschaftliches Verhältnis« (Dück/Hajek 2019, S. 511). Mit zunehmender sozialer Ungleichheit, der voranschreitenden Klimakrise und dem Aufstieg rechtsradikaler Kräfte werden sich Fragen nach gesellschaftlicher Reproduktion in den nächsten Jahren weiter zuspitzen. Der gegenwärtige Kapitalismus löst diese Krisen nicht, sondern verlagert sie nur – oft zulasten der sozialen Reproduktion. Die Krise zeigt sich in einer Erschöpfung von menschlicher wie außermenschlicher Natur, die politisch reguliert und durch die Produktionsverhältnisse beeinflusst wird. Was Madelaine Moore (2023) in Bezug auf die Auseinandersetzungen um die Privatisierung der Wasserversorgung in Australien und Irland feststellt, lässt sich auch auf andere Bereiche der sozialen Reproduktion übertragen: Wir sehen einer Zeit reproduktiver Unruhen entgegen.

Wie kann unter den Bedingungen der Krise der gesellschaftliche Zusammenhalt abgesichert und sozial gerecht gestaltet werden? Indem die Kämpfe um soziale Reproduktion existentielle Bereiche des Lebens berühren, liegt in der Krise der Ausgangspunkt, die Herausforderung, aber auch das utopische Potenzial für gesellschaftliche Transformation. Die Herausforderungen für diese Kämpfe ergeben sich aus ihrer unmittelbaren Dringlichkeit, da es um Lebensnotwendiges wie den Zugang zu Wasser, Nahrung, Wohnen, Gesundheit oder den Schutz vor sexueller und rassistischer Gewalt und Ausbeutung geht. Sie offenbaren besondere Grenzen und werfen die Frage nach der Rolle des Staates in der Bereitstellung von sozialen Infrastrukturen auf. Anders als im Falle von Arbeitskämpfen, bei denen immer auch die Möglichkeit besteht, einen Job zu wechseln, tangiert eine Zwangsräumung, der Zugang zu Gesundheitsversorgung oder Essen unmittelbar menschliches Leben und dessen Unversehrtheit. Die Bedingungen, in diesen Bereichen zu streiken, sind für die Betroffenen ungleich komplizierter, da ihnen die strukturelle und ökonomische Macht fehlt. Zugleich besteht bei den Kämpfen um soziale Reproduktion eine größere Gefahr der Einhegung durch politische oder ökonomische Kräfte, indem sie befriedet und vereinbart werden.

Exemplarisch lässt sich dieser Widerspruch zwischen den (über-) lebensnotwendigen, kleinen Veränderungen im Alltag einerseits und den Anforderungen an eine grundlegende Transformation durch die Beständigkeit und Radikalität der Kämpfe unter Bedingungen eines prekären Status quo andererseits am Beispiel der Frauenhäuser verdeutlichen: Innerhalb patriarchaler Machtverhältnisse sollen sie der Abhängigkeit gewaltbetroffener Frauen etwas entgegensetzen. Im Kontext schwindender staatlicher Förderung sowie der gegenwärtigen globalen Wohnraumkrise stehen diese geschützten Räume jedoch massiv unter Druck; ohnehin schon existieren weniger als benötigt werden (Kuschinski 2023). Gilt es nun im Kontext der akuten Krise, diplomatisch an staatliche Unterstützung zu appellieren, dem Staat etwas ›abzutrotzen‹, um die Kontingente für Frauenhäuser zu erweitern? Diese Forderung ist existenziell und vermag doch weder Wohnraumkrise noch patriarchaler Gewalt etwas entgegenzusetzen.

Viele soziale Bewegungen und politische Projekte zeigen bereits heute, wie es möglich ist, alternative Formen der Reproduktion umzusetzen, indem sie für die drängenden Probleme des Alltags und für die gesellschaftlich Ausgeschlossenen Lösungen schaffen, ohne sich politisch und ökonomisch von der kapitalistischen Verwertungslogik vereinnahmen zu lassen. Zu nennen sind hier z. B. die kollektive Verwaltung von Gemeingütern, wie der Energieversorgung oder von Grund und Boden in Form von *commons*, die Schaffung von Polikliniken als soziale Stadtteilgesundheitszentren oder auch Stadtteilgewerkschaften, die mit den Methoden des *Community Organizing* konkrete Verbesserungen – wie z. B. eine Preisreduktion für Sans Papiers im öffentlichen Nahverkehr – erwirken (Steenblock 2021). Zugleich bauen diese Gewerkschaften selbstverwaltete Strukturen auf, um unabhängiger zu werden von selektiven sozialstaatlichen Leistungen. Andere widmen sich dem Aufbau von Ernährungssouveränität, da sich während der Covid-Krise gezeigt hat, dass eine Vielzahl von Menschen von der Lebensmittelversorgung abgeschnitten war (Touze/Chevet 2024).

Kämpfe um soziale Reproduktion sind vielfältig. Nicht immer wurden und werden diese unterschiedlichen Initiativen und Bewegungen von ihren Protagonist*innen selbst als »reproduktive Kämpfe« bezeichnet. Durch eine theoretische Brille lassen sich jedoch Gemeinsamkeiten in Bezug auf den Gegenstand und ihren utopischen Gehalt erkennen: Ein verbindendes Element ist die Priorisierung der Bedürfnisse von Menschen und Natur vor der Maximierung von Profit. In den neu entstehenden sozialen Strukturen werden veränderte Beziehungsweisen, Solidaritäten, Institutionalisierungen, aber auch Eigentumsformen getestet. Diese Praktiken in den »Zwischenräumen und Rissen« lassen Freiräume entstehen, denen der amerikanische Soziologie Olin Wright eine zentrale Rolle in gesellschaftlichen Veränderungen zuweist (Wright 2017, S. 437). Indem mit diesen Praktiken Formen gesellschaftlicher Organisation »erprobt« werden, die von herrschenden Macht- und Ungleichheitsstrukturen abweichen und die emanzipatorische Ideale verkörpern, lassen sich dort auch grundlegendere Transformationen im Kleinen vorwegnehmen. Auch wenn diese »Erprobungen« unter gegenwärtigen Bedingungen notwendigerweise lückenhaft und prekär bleiben müssen, werden hierbei stetig neue Organisationsstrukturen, Interventionsmöglichkeiten und alternative Formen des Zusammenhalts entwickelt und auch wieder verworfen. Sowohl die Praxis als auch die Forschung wird zeigen, welche dieser »Erprobungen« verallgemeinerbar sind. Erst wenn diese eine gesicherte Daseinsvorsorge für einen Großteil der Bevölkerung ermöglichen, ohne Ausschlüsse zu produzieren, werden sie einen sozialen Zusammenhalt befördern können.

sozialer
Reproduktion